

Archiv

des Vorstandes der Sozialdemokratischen

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2. NOV. 1965

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XX/209

Bonn, den 29. Oktober 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Nicht einlösbare Wahlwechsel</u>	50

Hätten Sie das von Erhard erwartet ?

Von Max Seidel, MdB

2	<u>Die Not der Gemeinden</u>	30
---	------------------------------	----

Bedrückende Finanzlage - erschreckende Zahlen

3	<u>Geschichtsklitterung</u>	50
---	-----------------------------	----

Die Zeit vor 1933 und die Wahrheit

Von Günther Paschner, Mainz

4 - 5	<u>Im Dunkeln gerade stark genug</u>	100
-------	--------------------------------------	-----

Ziele der arabischen "Befreiungsorganisation" AL Fatach

Von Gad Redlich, Israel

6		20
---	--	----

DIE GLOSSE

Von Alfons Hebmich

Der Helm des Herrn Wuermeiling und ein Tritt

8	<u>Der Sekt der Fürstin von Metternich-Winneburg</u>	17
---	--	----

- + +

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn 1, Postfach

Büro: Baunscheidtstraße 17 • Telefon: Geschäftsführung 21901/319 • Redaktion 21891/32 • Telex: 8806890

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

Nicht einlösbare Wahlwechsel

Hätten Sie das von Erhard erwartet?

Von Max Seidel, MdB

"Erst muß man sich in den Sachfragen für die nächsten vier Jahre der Regierungsarbeit einigen, danach werden die Personenfragen zur Bildung des Kabinetts leicht zu regeln sein." So lautete die Arbeitsparole der Koalitions-Bastler Barzel, Merde und Strauß nach dem Wahltag im September. Das alte, aber zweite Kabinett Erhard stand zwar nach 35 Tagen, doch die "erarbeiteten" Sachfragen sind dabei vom Winde des sehr bewegten Personen-Karussells verweht worden. Mit neuem Zeitaufwand müssen abermals die Sachfragen erörtert werden, damit die Regierungserklärung endlich dem Parlament vorgelegt werden kann.

Die Wähler vom 19. September fragen sich, was macht der zweiten Erhard-Regierung die Abgabe der Regierungserklärung so schwer? Am Anfang des Wahljahres 1965 und während des Wahlkampfes erklärte doch der Wahlkämpfer Erhard, "die gute Politik seiner Regierung bedürfe zu ihrer Fortsetzung nur des Vertrauens der Wähler, worauf sich die Wähler fest verlassen könnten".

Der 19. September ist vorbei. Die Wähler stellen fest, der Bundeskanzler Erhard ist wieder Regierungschef, seine Mannschaft mit geringer Veränderung nach Zahl und Können die gleiche wie gehabt, und trotzdem stockt die Fortsetzung. Was ist los? Der Bundestagswahlkampf 1965 wurde von der CDU/CSU unter falschen Voraussetzungen geführt. Die im Wahljahr ausgegebenen Wahlwechsel können termingerecht nicht eingelöst werden.

Es sei erinnert, als Auftakt zum Wahljahr 1965 gab es die Steuerensenkung, danach folgten die aufgesparten und für das Wahljahr berechneten "Wahlgeschenke". Den Wählern wurden u.a. serviert:

die Ausbildungszulage mit	480 Mio. DM
die Zuschüsse zur Familienwochenhilfe mit	265 Mio. DM
der soziale Wohnungsbau mit	210 Mio. DM
das Wohngeld mit	75 Mio. DM
der Landwirtschaft die Anpassungshilfe mit	1030 Mio. DM
das 312 DM-Gesetz mit	120 Mio. DM
die Notstandsgesetze mit	654 Mio. DM

Dies und anderes, gewollt und verantwortet von der Koalitionsmehrheit - im Vierten Bundestag mit 308 zu 191 Stimmen der Opposi-

tion - soll jetzt rückgängig gemacht oder auf Jahre ausgesetzt werden, ja sogar an die Erhöhung von Verbrauchssteuern ist gedacht.

Hatten die Regierungsparteien die Folgen ihrer Wählerfangpolitik nicht rechtzeitig erkannt? Aber gewiß! Das Bundesfinanzministerium kann gut zusammenzählen und die Wirkungen finanzpolitischer Entscheidungen für den Bundeshaushalt abschöpfen. Trotzdem, der Bundeskanzler schob das alles beiseite, denn es war Wahljahr und diese Wahl sollte, koste was es wolle, gewonnen werden. Also wurden die Wahlwechsel ausgestellt und den Wähler weisgemacht, sie werden zu den festgesetzten Terminen eingelöst. Die Mehrheit der Wähler vertraute.

Nach dem Wahltag müssen die gleichen Wähler erleben, die ausgegebenen Erhard-Wahlwechsel sind nicht einlösbar, es fehlt die Deckung im Bundeshaushalt, und die gleichen Wähler sagen jetzt, der Bundeskanzler hat uns unter falschen Voraussetzungen seine Politik zum 19. September 1965 verkauft.

Das hätten sie von Erhard nicht erwartet.

+ * *

Die Not der Gemeinden

Bedrückende Finanzlage - erschreckende Zahlen

sp - Schwere Sorgen lasten auf den Schultern unserer Stadt- und Gemeindeväter. Die Verschuldung der Gemeinden betrug Ende 1964 rund 25 Milliarden DM. Bei den Ausgaben - ohne Sachinvestitionen! - müssen sie für das kommende Jahr mit einer Mehrbelastung von 8,3 Prozent rechnen; die zu erwartende Einnahmesteigerung beträgt hingegen nur 2,5 Prozent. Wie soll die Lücke ausgefüllt werden? Der Kapitalmarkt gibt kaum noch etwas her, er ist fast erschöpft. Eine Expertenkommission hat den Investitionsbedarf der Gemeinden für die nächsten zehn Jahre auf 216 Milliarden DM geschätzt. Schon heute jedoch sehen sich viele Gemeinden gezwungen, notwendige Investitionen einzuschränken oder gar zu unterlassen - zum Schaden des Bürgers, der darunter als erster leidet, wenn der Ausbau von Straßen, Schulen, Krankenhäusern und anderen, den allgemeinen Wohl dienenden Gemeinschaftseinrichtungen unterbleibt. Die hohe Zinsbelastung schränkt den finanziellen Bewegungsraum noch weiter ein, wozu noch hinzukommt, daß im Verhältnis zu Bund und Ländern auf die Gemeinden trotz steigenden Sozialprodukte relativ weniger Steuereinkommen entfällt. Gleichzeitig entwickeln sich nach den letzten Erhebungen des Deutschen Städtetages die Gemeindesteuern in den mittleren und größeren Gemeinden ungünstiger als in den kleineren Gemeinden. Die Entwicklung im kommunalen Sektor treibt einer Katastrophe zu, es geht nicht mehr an, die Warnungen der Gemeinden in den Wind zu schlagen. Das Ausbleiben eines gerechten Finanzausgleichs zwischen Bund, Ländern und Gemeinden hat im wesentlichen die trübe Lage unserer Kommunen verursacht. Mit gebieterischer Notwendigkeit drängt sich die Finanzreform auf. Sie weiter zu verzögern, heißt, das Wohl des Bürgers unnötig zu gefährden. Der erste Schritt wäre die erhöhte Beteiligung der Gemeinden an der Mineralölsteuer. Noch weitergehende Schritte müßten erfolgen, um das unerträglich gewordene Mißverhältnis von privatem Wohlstand und öffentlicher Armut auf ein Mindestmaß zu reduzieren.

+ * *

Geschichtsklitterung

Die Zeit vor 1933 und die Wahrheit

G.P. - In der schönen Rhein- und Moselstadt Koblenz hat ein Landes-"Verband der Entnazifizierungs-Geschädigten e.V." seinen Sitz. Dort selbst will ebendieser Geschädigtenverein am 13. November eine Verbandstagung absolvieren, weshalb man SPD, CDU und FDP des Mainzer Landtags zur Teilnahme zwecks Konfrontierung mit entnazifizierten "Härtefällen" eingeladen hat.

So weit, so schlecht. Der Geschädigten-Landesverband hat bis dato offensichtlich Grund, mit der (sach-)gerechten Behandlung einzelner "Härtefälle" zufrieden zu sein. Jedenfalls soweit dies die Fraktionen des rheinland-pfälzischen Landtags betrifft, sie solches im Oktober-Rundschreiben des Verbandes ausdrücklich bestätigt bekommen. In diesem Rundschreiben Leitartikler indes ein Autoren-Duo Schmitt (zweiter Landesvorsitzender) und Smets (Landesverbands-Geschäftsführer) über die Vor-NS-Zeit:

"Die ganze Welt weiß, daß wir vor 1933 nur die Wahl hatten, uns für das Hakenkreuz oder für Hammer und Sichel zu entscheiden. Was würde man denn heute in der gleichen Situation tun? Wenn man uns heute vorwerfen sollte, falsch gehandelt zu haben, sagt man doch klipp und klar, wir hätten Kommunisten werden sollen, eine andere Alternative gab es doch zu der Zeit nicht. Und wem hat es Europa zu verdanken, daß es damals nicht bereits restlos kommunistisch wurde? Deshalb sollte man endlich einmal aufhören, alle Folgen des verlorenen Krieges auf uns abzuwälzen."

So war das also. Es gab damals keine demokratischen Parteien, es gab nur KPD und WSDAP, nur SA und Rotfront, nur Hitler und Thälmann. Es gab nicht den verzweifelten Abwehrkampf der demokratischen Kräfte, die die Republik vor brauner oder roter Sturzflut retten wollten - und die dafür zu Tausenden ins Zuchthaus und KZ geschleppt, zusammengeprügelt oder umgebracht worden sind.

Was mögen sich die Rundschreiber Schmitt und Smets wohl dabei gedacht haben, als sie ihrer "Lieben Kameraden und Kameradinnen" solche faustdicke Geschichtslügen aufstichteten? Und wie glauben sie die Interessen ihrer Verbandsmitglieder wahrzunehmen, wenn sie einerseits die demokratischen Parteien um Hilfe angehen, und andererseits ebendiese demokratischen Parteien beleidigen und deren zahllose Opfers aus dem Kampf gegen braune und rote Diktatur geradezu verhöhnen?

Die SPD-Landtagsfraktion hat dem Geschädigten-Verband jedenfalls die einzig mögliche Antwort erteilt: sie wird an der zum 13. November gewünschten Besprechung nicht teilnehmen und darüber hinaus mit dem Verband der Entnazifizierungs-Geschädigten "so lange keine Verbindung unterhalten, bis die im Rundschreiben getroffenen politischen Darlegungen seitens des Verbandes revidiert sind".

Es wäre wünschenswert, wenn die ebenfalls eingeladenen Landtagsfraktion von CDU und FDP ebenso Haltung und Würde zeigen würden. Denn daß man sich in diesem Geschädigten-Verband nicht nur um die Bereinigung von "Härtefällen" bemüht, das haben die Landesverbandsfunktionäre Schmitt und Smets in ihrem famosen Rundschreiben offener zu erkennen gegeben: "Wir haben die Aufgabe einer geschichtlichen Epoche zur Wahrheit zu verhelfen." Und welche Lesart der "Wahrheit" sie anzubieten haben, davon zeugt ihre "Interpretation" der Zeit vor 1933.

Im Dunkeln gerade stark genug

Ziele der arabischen "Befreiungsorganisation" Al Fatach

Von Gad Redlich, Israel

Noch nie seit dem israelischen Befreiungskrieg im Jahre 1948 hat der arabische Anliegerstaat Jordanien zu den Ländern gehört, die sich besonders aktiv den Anschein zu geben versuchen, eine "Befreiung Palästinas von den Zionisten" mit allen Mitteln zu versuchen. Ein Verwandter des heute regierenden Königs Hussein war sogar von einer Untergrundorganisation ermordet worden, weil er mit dem jüdischen Staat zu einer friedlichen Regelung aller strittigen Fragen kommen wollte. Grund genug für den derzeitigen Herrscher, sich bei Konferenzen und im Rundfunk in die Front der "Befreier" einzureihen, aber ansonsten es bei diesen lautstarken Tönen bewenden zu lassen.

Um so verwunderlicher war es, daß seit Frühjahr dieses Jahres eine auch in arabischen Kreisen äußerst umstrittene Organisation sich in Jordanien einnistete und als Basis für jetzt schon an die fünfzig zählende Gangsterstückchen gegen Israel benutzen konnte. "Al Fatach" (Der Stürmer), wie sie sich nennt, gehört zur sogenannten arabischen Befreiungsarmee und steht unter der Leitung eines gewissen Achmed Schukeiry, in der Bundesrepublik durch seine an Verdrehungen höchst noch von DDR-Regime übertrommenen Aufsätze in Broschüren der arabischen Liga bekannt. Die Regierung in Libanon, von allen arabischen Staaten wohl die besonnenste, hatte dem Treiben der nächtlichen Revolver- und Dynamithelden nach einiger klaren israelischen Stellungnahmen sehr schnell ein Ende bereitet, indem sie alle nichtstaatlichen militärischen Organisationen kurzerhand verbot und die betreffenden Leiter polizeilich überwachen ließ. Die syrische Baath-Partei hatte es (wohl aus Rivalitätsgründen gegenüber Ägypten) erst gar nicht zur Bildung irgendwelcher Al Fatach-Gruppen kommen lassen.

Anders das sonst so ruhige Jordanien. Dutzendmale kamen nächtliche "Besucher", die Wasserleitungen landwirtschaftlicher Siedlungen in der Nähe der Grenze durch Sprengstoffanschläge beschädigten, Zivilisten durch ähnliche Aktionen bei Wohnhäusern verletzten und die israelische Armee zu zwei gezielten Gegenaktionen veranlaßten: elf Pumpstationen auf jordanischem Gebiet, eine Eisfabrik und ein Zentrum der "Befreier" wurden dabei in die Luft gesprengt. Bei den beiden Vergeltungsschlägen wurden drei israelische Soldaten durch unachtsames Handeln mit Munition verletzt, ansonsten kam niemand zu Schaden. Zwar behauptet die jordanische Regierung, zwei Zivilisten seien getötet worden. Diese Verlautbarung wird jedoch in dem Augenblick sehr fragwürdig, in dem man sich über den Verlauf der Exkursionen auf arabisches Gebiet unterrichtet. Die Soldaten hatten stundenlang in Jordanien auf der Lauer gelegen und das manchmal recht muntere Treiben vor sich beobachtet. Anschließend wurde bei einer Aktion eine Party gestört. Man erklärte den Teilnehmern ebenso wie allen Anliegern bei anderen Zielen, daß es ratsam sei, sich zurückzuziehen, da die israelische

Armee im Zuge einer Vergeltungsaktion an besagten Orten zu sprengen gedenke. Nach vielen Überredungen wurden alle Anwohner evakuiert und dann gingen die Ladungen hoch.

"Erziehungsmethoden" dieser Art schießen wenig zu helfen. Trotz der Erklärung Nassers, er könne wegen seines Jemen-Abenteuers im Augenblick keinen Land der arabischen Liga im Ernstfall Truppen zur Verfügung stellen, wurde es an der Grenze nicht ruhig. Alle arabischen Anlieger des Jordan stellten aus Furcht vor einem Krieg mit dem jüdischen David ihre Arbeiten an einer geplanten Jordan-Ableitung ein - die Marodeure kamen weiterhin. Die Casablanca-Konferenz kam und zum ersten Mal zeigte sich nach einer Konferenz dieser Art allen Beteuerungen zum Trotz bei der arabischen Regierenden und Diktatoren eine gewisse realistische Einschätzung der jahrelang vorgegaukelten "Einigkeit". Ebenso dürfte sich die Jordanische Regierung in dieser Zeit an die Tätigkeit einer ähnlich aktiv arbeitenden Organisation erinnert haben, die sich "Fedajur" nannte, von Ägypten aus arbeitete und mit ein Grund für den Sinai-Feldzug der Israelis im Jahre 1965 war.

Aus Überlegungen dieser Art, sowie aus der Tatsache, daß Jordanien sich beharrlich Mühe, irgendwelches Propagandageschrei nach nächtlichen "Feldzügen" zu erheben, konnte man auf zwei Gründe schließen, die sich in ihrer Tendenz darin ähnelten, daß dem König Hussein etwas das Regierungsheft in der Hand flatterte: entweder kehrten die Al-Fatach-Mitglieder als sehr ungern gesehene Gäste nach ihren Unternehmungen auf Jordanisches Gebiet zurück, um dort in den Lagern derjenigen zu verschwinden, die 1948 Israel verlassen hatten und heute zu Hunderttausenden in Elendsquartieren hausen. Die zweite Möglichkeit war, daß maßgebliche Führer dieser Kreise an Macht gewonnen hatten, und von ihren Positionen aus dem König hart zusetzten.

Eine Rede Husseins am Anfang dieses Monats vor beiden Häusern des jordanischen Parlamentes beseitigte alle Zweifel. Die Organisation "Al-Fatach", so war zu vernehmen, helfe in Wirklichkeit nur den Zionisten. Diese könnten nämlich Sprengstoffanschläge zum Vorwand für einen Krieg benutzen, obwohl die Araber dafür (noch nicht) gerüstet seien. Erst müsse vor allem ein gemeinsames Oberkommando zur Befreiung Palästinas geschaffen werden. Die Casablanca-Konferenz, durch die ein Kommando dieser Art in eine jahrzehnteweite Zukunft geschoben wurde, nannte der König im gleichen Atemzuge die "erste realistische Konferenz arabischer Staatemänner". Zudem ist bekannt, daß es gerade Jordanien ist, das sich beharrlich weigert, einem Kommando zuzustimmen, bei dem anschließend je nach "Marktlage" Truppen von einem Araberstaat in den anderen transportiert werden können.

Fazit der majestätischer Belohnungen für "Al-Fatach": ihr Lebenslicht wird auch in Jordanien erlöschen. Ein weiterer arabischer Staatsmann hat klar zu erkennen gegeben, daß ihn der Papierkrieg und die Propagandaschlachten von Achmed Schkeiry ruhiger schlagen lassen, als leichtfertiges Spielen kaum waffentechnisch ausgebildeter, aber dafür vom Häuptling gleichen Namens propagandistisch aufgeheizter Bombenleger. Wird der König nach seiner Rede auch noch genügend Kraft haben, dieses Licht tatsächlich auszublasen, so hat er damit dann wohl eine sehr akute Gefahr für größere Kampfhandlungen im Nahen Osten aus der Welt geschaffen.

D I E G L O S S E

Der Helm des Herrn Wuermeling und ein Tritt

Von Alfons Hebnich

Eigentlich wollte der frühere rheinland-pfälzische Staatssekretär, frühere Bundesfamilienminister und jetzige CDU-MdB Dr. Wuermeling aus der Bundestagsfraktion seiner Stammpartei austreten. Der Grund? FDP-Dehler hatte im Wahlkampf der CDU/CSU und Herrn Dr. Adenauer vorgeworfen, sie hätten (aus konfessionellen Gründen) alles getan, um die Wiedervereinigung zu verhindern. Falsch! Das war nicht der Grund für Herrn Wuermelings Absicht. Der wirkliche Grund war die von Herrn Barzel nicht erfüllte Forderung des Herrn Wuermeling, von Herrn Dehler eine Ehrenerkklärung zu verlangen, bevor man sich an den neuen Koalitionstisch setzte. - Ob man nun in der CDU die Vorwürfe des Herrn Dehler als kleine Fische betrachtete oder zusätzlich zu den anderen Koalitionskröchen nicht noch mehr Krach haben wollte, ist nicht ganz sicher. Jedenfalls wurde Herr Dehler trotz der Proteste des Herrn Wuermeling wieder mit einem Großteil der CDU/CSU-Stimmen zum Vizepräsidenten des Bundestages gewählt. Im RHEINISCHER MERKUR hat Herr Wuermeling jetzt verkündet, er bleibe Mitglied der CDU-Fraktion, weil man jetzt im Sinne der neuen Regierung arbeiten müsse. Und damit das alles markig klingt, ruft Herr Wuermeling seinen Freunden zu: "Jetzt heißt es, den Helm fester schnallen und Tritt gefaßt!" - Hoffentlich tritt keiner falsch.

+ + +

Der Sekt der Fürstin von Metternich-Winneburg

Sorgen haben die Leute! Eine angesehene deutsche Sektfirma möchte gern, daß jeder weiß, welchen Sekt "man" jetzt trinkt. Zu diesem Zweck fragte die besagte Firma die Fürstin Tatiana von Metternich-Winneburg, was Damen der Gesellschaft heute in Gesellschaft trinken. Da es wohl der Fürstin die Sprache verschlagen hat, antworteten für sie Direktoren der Firma selbst. Das sieht so aus: "Da bin ich doch nicht unbefangen, sagt Ihre Durchlaucht und bittet uns, ihr eine Antwort auf die Frage zu erlassen." Denn: Der Sekt, den die Dame der Gesellschaft trinkt und demnach auch die Fürstin, ist nun einmal ein Fürstensekt. - Ihre Durchlaucht wird schon wissen warum. Die Sektfirma und die Fürstin haben unser Volk einer großen Sorge enthoben. Wir sind so fein, daß wir nur noch Fürstensekt trinken werden, weil Ihre Durchlaucht meint, das müßte jeder einleuchten.

Auch Lieschen Müller wird sich freuen, wenn sie nächstens den Sekt ihrer Durchlaucht durch die Kehle laufen läßt. Sie darf sich erhaben fühlen, denn sie befindet sich als Dame der Gesellschaft in der Gesellschaft einer richtigen Fürstin.

+ + +